

Bericht

des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 711/A(E) der Abgeordneten Hermann Brückl, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen

Die Abgeordneten Hermann **Brückl**, MA Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 18. Juni 2020 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Bereits im türkis-blauen Regierungsprogramm 2017 wurde festgehalten:

Entlastung der Eltern durch Anbieten von Lernmodulen in einer „Sommerschule“

Durch das Versäumnis bei der Umsetzung durch das ÖVP-Bildungsministerium, ist nun dieses durch die Corona-Krise im Zugzwang. Die inzwischen medial angekündigte „Sommerschule“ wurde nun überfallsartig und chaotisch ins Leben gerufen. Angedacht ist diese nur für wenige Schüler, mit freiwilligen und verpflichtenden Lehrpersonen. Details blieben offen. So wie auch bei anderen „Corona-Maßnahmen“ ist plötzlich die Autonomie gefragt, die aber letztendlich dann doch wieder nicht gewollt ist.

Angekündigt wurde am 5. Juni unter anderem:

In den kommenden Tagen soll per Elternbrief an Volksschulen sowie Sekundarstufe eins (v.a. Neue Mittelschule und AHS-Unterstufe) über das Angebot informiert werden. Zielgruppe sind außerordentliche Schüler bzw. Schüler, die in Deutsch zwischen vier und fünf stehen oder die aufgrund der vergangenen Monate einen besonderen Aufholbedarf haben. Ausschlaggebend ist die "Empfehlung" des Klassenlehrers bzw. der Schulleitung. Faßmann schätzte die potenzielle Zahl der in Frage kommenden Schüler auf 40.000 bis 42.000.

Wieso diese „Sommerschule“ nur für ausgewählte Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht, wieso es nur einen Deutschschwerpunkt geben soll, ob die Zielgruppe überhaupt gewillt ist daran teilzunehmen, welche Lehramtsstudenten als kostenlose Arbeitskraft zur Verfügung stehen, wer die ausgewählten guten Schüler als "Buddies" sein werden, wer die die Lehrer sind, die als Mentoren und Begleiter der Studenten fungieren sollen und vielen andere Fragen bleiben offen. Damit wird heuer auf Grund der Versäumnisse des Bildungsministeriums die grundsätzlich begrüßenswerte Sommerschule zur Farce werden.

Ein Entschließungsantrag, um noch heuer die Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, wurde von den Regierungsparteien am 17. Juni 2020 abgelehnt.

Da aber eine Sommerschule ein wichtiges bildungspolitisches Projekt ist, ist es notwendig, diese nun für die folgenden Jahre ordentlich zu planen und frühzeitig zu fixieren.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 02. Juli 2020 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Hermann **Brückl**, MA die Abgeordneten Ing. Johann **Weber**, Petra **Vorderwinkler**, Mag. Sibylle **Hamann**, Mag. Martina **Künsberg Sarre** und Mag. Dr. Sonja **Hammerschmid**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Hermann **Brückl**, MA, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag:** S, F, N, **dagegen:** V, G).

Zum Berichtersteller für den Nationalrat wurde Abgeordneter Ing. Johann **Weber** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2020 07 02

Ing. Johann Weber

Berichtersteller

Mag. Dr. Rudolf Taschner

Obmann

